

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel
Reuter 2 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
5ten Monat besonders an-
genommen, im Kgr. Sachsen
u. Grzth. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Beile berechnet.

Nr. 12.

Freitag, 30. Januar.

1874.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für die Monate Februar und März zu 10 3/4 Sgr. werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 6 Ngr. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei dem Colporteur Müller; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Reuschönefeld zc. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau zc. bei Frau Hohe, Hofmarkt Nr. 9, in Lindenau, für Connewitz zc. bei Teubert, Vornaische Straße 197, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelauer 6b, 4 Tr.; Börges, Weberstr. 32; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden; Meyner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61. Parteigenossen! ermüdet nicht, auch fernerhin allerorts nach Kräften zur Weiterverbreitung des Parteiorgans beizutragen.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für Februar, Seiten einer Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Reichstagswahl.

Kochlich-Colditz (14. sächs. Wahltr.), Stichwahl: Finl 6319, Könnert 7409.
Landkreis Leipzig (13. sächs. Wahltr.), Stichwahl: Bis jetzt Johann Jacoby 7121, Heine 5007. Es stehen noch viele Ortschaften aus.
Merseburg-Reuschberg-Dürrenberg: Johann Jacoby 17 Stimmen.
Coburg: Bod 818, Weber 5015.
Siegen: Liebknecht 151, Nordel 7000 Stimmen.
Erfurt: Jord 1480, Pucius 8094, Mallindrodt 698.
Gotha: Ausfeld 7567, Sv 1436.
Münchenerndorf: Reichelt 1576, Schmidt 9000. Das Resultat ist nicht genau.

Das in der letzten Sonntagsnummer veröffentlichte Wahlergebnis bedarf noch folgender Ergänzungen:

Jacoby hatte in Forst-Sorau 153 statt 140 Stimmen; Kirchner (Hildesheim) 809 statt 623; Frißsche (Halberstadt) 1778 statt 816. Die beiden letzten Candidaten waren zugleich Candidaten des Allg. deutschen Arbeitervereins, da aber der „Neue“ ohne Weiteres die ganze Stimmenzahl derselben annahm, sehen wir uns genöthigt, um das dadurch entstehende Mißverhältnis auszugleichen, ein Gleiches zu thun. In Wahrheit ist die Stimmenzahl beider Fraktionen gemeinsam. Jacoby hatte in Forstheim 1595, nicht wie angegeben, 1328. Hillmann (Boschum-Witten) 140 Stimmen, war ganz übersehen worden.

In Altona erhielt Bebel nicht 200, sondern 124 Stimmen. 19. hannoverscher Wahlkreis (Oestendorf): Bennigsen 2238, Bärens 1220, Jord 546.

Kempen: Pfaffenroth (ultramont.) 9859, Jansen (lib.) 1204, Schuhmacher (Sozialdem. Arbeiterpart.) 1188.

Die Reichstagswahlen.

I.

Die Hauptwahlkämpfe ist vorüber; die Nachgefechte, die in Gestalt der engeren Wahlen in dem Augenblicke, wo diese Zeilen zur Presse gehen, entschieden werden, ändern das Resultat im Großen nicht. Sie werden uns einige Tausend Stimmen mehr einbringen. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, hat die Sozialdemokratie in beiden Lagern nicht viel unter 400,000 Stimmen erhalten und 9 Vertreter definitiv durchgesetzt. Eine Vertreterzahl, die in keinem Verhältnis zur abgegebenen Stimmenzahl steht und mindestens eine drei- bis vierfach größere sein müßte, wenn das allgemeine Stimmrecht auf vernünftiger Basis beruhte und nicht die Stimmen nach Wahlbezirken, sondern insgesamt gezählt und die Vertreterzahl darnach bemessen würde.

Doch unter den heutigen Zuständen ist an eine gerechte Einrichtung des Wahlsystems nicht zu denken; wir werden Mühe haben, zu verhindern, daß die herrschenden Klassen, welche erschreckt sind über das ihnen ungewöhnliche und entschieden scheinende Resultat, das die Sozialdemokratie erreicht, nicht das allgemeine Stimmrecht noch mehr zu vernünftigen suchen. Aber was sie auch thun mögen, die Thatsache, daß inclusive des Resultats der Nachwahlen, nahe an vierhunderttausend Männer, also eine Zahl fast so groß, wie die stehende Armee Deutschlands, am 10. Januar ihr Verdict über die bestehenden Staats- und Gesellschaftszustände abgegeben, daß nahezu vierhunderttausend Männer in unzweideutiger Weise ihre Stimmen für eine Umwandlung unserer Zustände im Sinne der Sozialdemokratie erhoben haben, diese Thatsache läßt sich durch alle Finten und „Wenn“ und „Aber“ unserer Gegner nicht aus der Welt schaffen. Mögen sie sich selbst der Lanze in der Agi-

tation zeihen, mögen sie mit einem Eifer, der für uns etwas Komisches hat und uns nur ein mitleidiges Achselzucken abnöthigen kann, nach oberflächlichen und nebensächlichen Ursachen spüren, die dieses Resultat erzeugten, tief im Innern müssen sie sich doch gestehen, daß eine solche Bewegung nicht künstlich gemacht wird, daß die erfundenen „aufregenden“, von den „Arbeitergroßen“ lebenden Agitatoren und „Faulenzen“ diese Wirkung unmöglich hervorrufen konnten. Wollen unsere Gegner ehrlich — nicht gegen uns, das verlangen wir nicht, dazu sind sie auch unfähig — sondern gegen sich selbst sein, so müssen sie sich auch sagen, daß sie es seit den letzten Reichstagswahlen im Jahre 1871 an Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht haben fehlen lassen. Alles, was eine Partei und eine Gewalt, die sich in ihrem Bestande bedroht sieht, gegen ihren Feind anwenden kann, das haben unsere Gegner gegen uns in Anwendung gebracht. Verunglimpfung und Verfolgung der für unsere Sache kämpfenden Personen, Verdächtigung und Verleumdung unserer Bestrebungen, Einkerkerungen, Ausweisungen, Versammlungsausschlüsse, Organisationsunterdrückungen, Maßregelungen, Beeinflussungen, kurz alle Mittel, welche der gemeine Charakter unserer Gegner und die kühnste Interpretation der Gesetze zuliehet, sind Tag für Tag und zwar bis zum letzten Tage vor der Wahl, ja während der Wahlhandlung selbst in tausendfacher Gestalt gegen uns angewendet worden. Wenn für Eine Partei die Wahlfreiheit zum größten Theil nicht existirte, dann war es die sozialdemokratische. Die unerhörten Gewaltthaten und Maßregelungen, die namentlich während der Wahlperiode an den Tag getreten sind, zeigen den Charakter unserer Gegner im geschäftigsten und schamhaftesten Lichte. Und wenn trotzdem nahe an 400,000 Männer sich nicht scheuten, ihre Stimmen für die von allen Seiten angegriffenen und bekämpften Sozialdemokraten abzugeben, so war dies ein Beweis von Mannedmuth, der — wie unsere Gegner nicht bestreiten werden — auch zu Höherem fähig ist. Diese Macht von nahezu vierhunderttausend Stimmen, ist aber in Wirklichkeit bei weitem nicht unsere ganze Macht. Tausende und abertausende von Männern aus dem Arbeiter-, dem Handwerker-, dem Bauern-, ja sogar dem niederen Beamtenstande, haben nicht gewagt, für uns zu stimmen, weil sie fürchteten, trotz des sogenannten „geheimen“ Stimmrechts durch die Verschiedenheit der Farbe und Größe der Stimmgelbe und die daran seitens der Gegner gelbbte Controle sich zu verrathen und schweren Nachtheilen ausgesetzt. Eine Befürchtung, die, wie neuerdings bereits die Erfahrung vielfach bewiesen, sehr begründet war. Andere Tausende sind den Einschüchterungen und Drohungen ihrer Vorgesetzten und Arbeitgeber erlegen und haben gegen ihre Ueberzeugung dem Feinde ihre Stimmen gegeben. Tausende unserer Genossen in des „Kaisers Rock“ durften nicht stimmen, weil ihnen gesetzlich das Wahlrecht entzogen ist und aus dem gleichen Grunde war den Hunderttausenden von jungen Leuten vom 18. bis 25. Jahre, die mit uns sympathisiren, die Ausübung des Stimmrechts unmöglich. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß der größere Theil der heranwachsenden Generation, wenigstens in den Städten und den Industriebezirken, mit Leib und Seele der Sozialdemokratie ergeben ist, und die, die Gegner so stübig machende progressive Steigerung der Stimmenzahl der Sozialdemokratie von Wahlperiode zu Wahlperiode, in erheblichem Grade diesem dreijährigen Nachwuchs zugeschrieben werden muß. So kann ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die Sozialdemokratie in Deutschland alles in allem gerechnet in Wahrheit nicht weit von einer Million Anhänger zählt.

Ein solcher Faktor will beachtet sein. Ist unsern Gegnern nicht aller Verstand und alle Berechnung abhanden gekommen, dann suchen sie mit diesem neuen Faktor sich möglichst in Güte auseinanderzusetzen. Kein Einziger in den Reihen der Sozialdemokratie ist so thöricht zu glauben, daß er sein Staats- und Gesellschaftsideal in einem oder in wenigen Jahren verwirklichen könne; nicht Einer, der nicht eine ruhige, ungehinderte Entwidlung und friedlich sich vollziehende Revolution unserer sozialen und politischen Zustände der Zweischneidigkeit und Unsicherheit einer gewaltsamen Revolution vorziehen würde. Ganz abgesehen davon, daß die letztere sich ja nicht „machen“ läßt, am allerwenigsten durch die, welche durch die Revolution zu gewinnen hoffen dürfen. Revolutionen sind bis auf den heutigen Tag nur von denen „gemacht“ worden, die alle Ursache hatten, sie zu fürchten. Diese „machen“ die Revolutionen weil sie es nicht verstanden, den aus den Umgestaltungen der Gesellschaft herausgewachsenen neuen Bedürfnissen gerecht zu werden, weil sie statt dessen in vollständiger Verkennung des natürlichen Entwicklungsanges der Menschheit glaubten, durch brutale Gewalt und Unterdrückung das Verlangen nach Umgestaltung beseitigen zu können. Die Welt steht keinen Tag stille, sie schreitet mit jedem Tage vor, nimmt und erheischt neue Formen. Nur der Egoismus, einerlei ob bewußt oder unbewußt, der sich in der Gesellschaft als Klasseninteresse offenbart, stemmt sich der Entwicklung entgegen, weil er sein Interesse für das allein berechtigte hält. So kommt es, daß die deutsche Bourgeoisie, solange sie gegen den absoluten Staat und die mittelalterlich-feudale Gesellschaft kämpfte, den Fortschritt mit derselben Entschiedenheit und genau denselben Mitteln erklämpfte, wie heute die Sozialdemokratie. Aus Ziel gelangt, läßt sie den Spiegel um und bekämpft jetzt ihrerseits ihr eigenes Kind, den Sozialismus und zwar mit den gleichen Waffen, mit denen die mittelalterlich-feudale Gesellschaft ihre Entwidlung aufzuhalten suchte. Wird die Bourgeoisie, die heute thausächlich den Staat in Händen hat — die Wahlen haben dazu aufs Neue den Beweis geliefert — mit ihrer immerhin höheren Einsicht und mit der größeren Bildung, als sie die mittelalterliche Gesellschaft besaß — durch die neueste Erfahrung bei den Wahlen gemüthigt, andere

Wege einschlagen? Wir haben Ursache, das zu bezweifeln. Obgleich in verschiedenen liberalen Blättern im ersten Augenblicke der Ueberzeugung nach den Wahlen eine bessere Erkenntniß aufzubämmern schien, so ist dieselbe doch rasch wieder versiegen. Der Polizeibüffel und der Staatsanwalt, beide ehemals so bitterlich beschdelt, sind die einzige Hoffnung und der einzige Trost auf Rettung vor der drohenden Gefahr. Und reichen diese nicht, dann ist der dritte Faktor ihrer Hoffnung die stehende Armee; die Armee, die vorzugsweise aus Proletariern gebildet ist, und von welcher der schlaue Fuchs Talleyrand — der etwas mehr verstand, wie Herr von Bismarck — schon sagte: „Die Armee ist eine vortreffliche Stütze; schade nur, daß man sich auf die Bajonette nicht setzen kann.“

Ein bewährtes Sprichwort sagt: „Ben die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“ Das Wort wird wahrscheinlich auch diesmal sich bewähren. Die Gewohnheit des Herrschens und Unterdrückens ist zu süß, als daß man sie leicht und freiwillig aufgeben sollte; darum wird das alte Handwerk ruhig fortgesetzt werden. Unsere Vertreter werden im Reichstag zu gelegener Stunde ihre Forderungen Namens der arbeitenden Klasse geltend zu machen suchen; gewährt man sie: gut! gewährt man sie nicht: auch gut! Der Sozialdemokratie gehört die Zukunft, den Hunderttausenden Unterdrückten, deren Herzen begeistert für die Sozialdemokratie schlagen, gehört der endliche Sieg. Jeder Tag, den die Gesellschaft in ihrer heutigen Gestalt länger existirt, verschafft der Sozialdemokratie neue Anhänger, neue Kämpfer, weil die Gesellschaft selbst es ist, die ihr die Soldaten liefert.

Gewaltmaßregeln — was haben sie bisher vermocht? Nichts; sie haben nur ihre Reihen verstärkt. Ausnahmegeetze werden dieselbe Wirkung haben; der „Culturkampf“ mit den Ultramontanen hat ja wohl bewiesen, was solche gegen eine lebende Partei nützen. Hat aber eine dem Verfall entgegengehende Partei, wie die ultramontane, aus diesen Verfolgungsmaßregeln frische Lebenskraft gezogen, wie vielmehr eine jugendlich aufstrebende Partei, wie die sozialdemokratische? Was also auch immer die Zukunft uns bringe, wir sind darauf gefaßt; zu Grunde richten wird man uns nicht mehr; die Kräfte, auf welche wir uns stützen, haben sich soweit entwickelt, daß sie nicht mehr vernichtet werden können.

Allerlei aus England.

London, den 17. Januar 1874.

Für Ihre Leser ist es wohl schon längst, wie für mich, eine ausgemachte Sache, daß die „Reuter-Telegraphie in Berlin wie in Petersburg — von anderen Orten brauchen wir für heute nicht zu sprechen — nicht nur an die Regierungen verkauft ist, sondern vollkommen unter ihrer Controle steht. Für Berlin mag folgendes als „kleiner“ Beweis dienen: Ein gewisser Alberts war lange Jahre hier als Schreiber bei der preussischen Gesandtschaft angestellt und zeichnete sich in den 50er Jahren ganz besonders als Spion gegen die politischen Flüchtlinge aus, wie sich ja auch in dem Kölner sogenannten „Kommunistenprozeß“ erwid, der ihn als Aufspiegler und Genossen der Fleury (Chervod) Hirsch, Stieber, Greil und anderer Spione und Altenfälscher vorführte. Die preussische „Mission“ verwandte ihn für die dreifachen Missionen. Dabei war der brave Mann auch eifriger Freimaurer, der seine Logen mit dem preussischen Korporalstücken lenken wollte; sich dadurch schließlich lächerlich machte und „absiel“. Dieser wadere Staatsdiener glaubte sich solche schwere Verdienste um die Entzifferung des preussischen Applometats erworben zu haben, daß er sich zur Anwartschaft auf das Londoner Generalkonsulat für berechtigt hielt. Da jedoch für dieses Amt andere Kenntnisse und Erfahrungen nöthig sind als diejenigen, welche Herr Alberts hier gesammelt hatte, so mußte man sich in Berlin schämen, solche Hoffnungen sich verwirklichen zu lassen. Dagegen schämte man sich nicht, ihn, um ihn zu trösten, zum „Hofrath“ zu erheben, und sand es nützlich, ihn dem „Reuter“ zuzuschreiben, dessen locum tenens (französisch; Lieutenant; zu deutsch: Zuhälter) er in Berlin wurde. Ob er es zur Stunde noch ist, können wir nicht sagen. Ein gewisses Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem jüdischen „Reuter“ und der christlichen Panzerreiterei zu Berlin hätten wir hiermit wohl nachgewiesen. Nun mag die Uebersetzung des Reuterschen Telegramms, wie es in der heutigen „Times“ steht, in soweit es von Belang, folgen:

Berlin Januar 16. Abends.

Im Verlaufe der Debatte erklärte Herr von Mallindrodt, daß die Ultramontanen ebenso getreue Patrioten wären als Fürst Bismarck, und er fragte, unter bedeutendem Lärm, „ob man bei der Conferenz Bismarcks und Goyanes gegenwärtig gemessen, als eine Session von Land auf dem linken Rheinufer discutirt wurde.“ Er setzte hinzu, „ich selbst war nicht gegenwärtig, aber ich habe die Angabe über diese Zusammenkunft aus verlässlicher Quelle.“

Bald nachher trat Fürst Bismarck ein und erhielt Erlaubniß als Bevorratheter (on a matter of privilege) zu sprechen. Er bezeichnete die Angabe des Herrn von Mallindrodt als lecke und lächerliche Erfindung, in böswilliger und verläumdender Art gemacht, der kaiserliche Kanzler fügte bei: „Niemand habe ich eine Ehre von dergleichen Dingen von mir gegeben. Ich habe niemals vom Abtreten eines Dorfes oder einer Wiese deutschen Landes gesprochen. Die ganze Anklage ist durchweg eine dreifache Lüge (falsehood), zusammengebraut (cooked) um meinen Charakter anzuschwärzen (Laut Verfallbezeugungen). Ich verlange von meinen Gegnern keine Rücksichtnahme, aber ich bin,

berechtigt zu verlangen, daß sie sich angegriffen fremder Länder und unsern eigenen Souveränität anständiger betragen.“ (Erneute Beifallsbezeugungen).

Fürst Bismarck schritt zur Besprechung einer gestern von Herrn Schorlemer gemachten Angabe, daß er 1866 eine revolutionäre Politik verfolgt hätte, indem er die Bildung einer ungarischen Legion begünstigte. Er behauptete, daß in Kriegszeiten Selbstverteidigung das erste Gesetz wäre. Nach der Schlacht von Sabona und der Intervention des Kaisers Napoleon konnte er keine Hilfsanerbietungen ablehnen, wobei sie auch gekommen wären, und in der Annahme läge nichts Revolutionäres.

Nachdem Herr Windthorst gegen das Recht des Fürsten Bismarck protestiert hatte, auf Angaben zurückzugreifen, die Tags zuvor gemacht, erhob sich Herr Lasker und erklärte unter Beifallsturm, daß ein Minister, gegen den die schreckliche Anklage des Landvaterrechts geschleudert worden, und der nicht eine Stunde vorübergehen ließ, ohne solche Beschuldigung vor Deutschland und dem Auslande als schamlose Lüge hinzustellen, keinen Tadel hinzunehmen habe, sondern wahrlich sich um sein Land verdient gemacht hätte.

Hierauf sagte Herr Mallinckrodt, daß seine Angabe dem neuerdings veröffentlichten Werke des Generals Lamarmora entnommen sei. Die in dem Buche erwähnten Personen hätten die Nachrichten aus persönlichem Wissen mitgeteilt, und die angegebenen Thatsachen wären bis auf den heutigen Tag nicht in Abrede gestellt worden; jedoch, nach der heute vom Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärung, wollte er nicht bei seiner früheren Darstellung verharren, sondern die Anklage auf Lüge an den italienischen Ministerpräsidenten General Lamarmora überschreiben.

Fürst Bismarck erwiderte, daß eine solche Uebertragung (assignment) über angebracht (choses) sei, denn Lamarmora wäre weder Ministerpräsident noch General; es würden in Italien Strafsparagrafen (penal provisions) ausgearbeitet für ein Verfahren wie das des Lamarmora, über den er (Fürst Bismarck) ganz andre Aufschlüsse veröffentlichen könnte, als die, welche jener über ihn gedruckt. Fürst Bismarck fügte hinzu:

„Es ist bemerkenswert, daß Herr Mallinckrodt dem Zeugnisse eines Fremden größeres Gewicht beilegt als dem meinigen.“

Ein ganzes Leben nehme es in Anspruch, wollte ich Allem entgegenzutreten, was meine Feinde gegen mich schreiben. Ich darf mit Sicherheit sagen und bin stolz es sagen zu können, daß ich der am stärksten und besten gehaltene Mann in ganz Europa bin. Hat Herr Mallinckrodt nicht versucht, Sie und das Land in dem Glauben zu erhalten, daß Lamarmoras Buch die Wahrheit sagt? Ich wünsche nicht ihn zu überzeugen, aber Sie frage ich, ob ich nicht die ungeheuersten Resultate hätte erreichen können, wäre ich geneigt gewesen, einen Strich deutschen Landes an Frankreich abzutreten? Habe ich es gethan? Sie haben nicht das Recht, von dem Leiter einer Regierung zu verlangen, er solle sich auf offener Tribüne gegen Verleumdung vertheidigen. Das ist ein Verfahren, für dessen Bezeichnung kein parlamentarischer Ausdruck gefunden werden kann. Die Presse wird — zweifelsohne — einen erfinden, um diesem Mangel abzuhelfen.“

Die Berliner müssen den John Bull für verflucht dämlich halten, wenn sie glauben, ihren Bismarck in solcher Harlequinmanier aufzupollern zu können. Hat Bucher 10 Jahre hier gelebt, um dergleichen zu vollbringen? Ein lächerlicheres Telegraphenstückchen ist und schon lange nicht geworden. Die dramatische personae (Personen des Schauspiels) betreffend ist es von wegen gewisser Berliner Freiheit nötig zu erklären, daß der protestantische Papsi zu Berlin mit seinem einfachen Berserkerdeutsch und ebenso gleichgültig oder widerwärtig ist, wie der römische mit seinem Kirchenlatein epistolarum obscurorum virorum, oder der Petersburger mit seinem Kirchengendarm-Russisch. Das zur Verdeutlichung der Alliance der „Arbeiter“ und der „Ultramontanen“!

Glaubt Bismarck in der That, er hätte nun das „Un po pin de luoc“ (**) todtgeschlagen? Der wirklich arme Mann braucht Krieg! Discussion wird ihm sauer, so daß der riesenmäulige Lasker ihm heispringen muß! Die Italiener sollen Bismarcks wegen ein „Strafgesetz“ erlassen. Italien ist doch nicht Lanenburg! Entweder sind die Angaben Lamarmoras Lügen, wie Bismarck sagt — dann wozu ein Gesetz? Oder sie sind wahr? Dann will also Bismarck, daß die Italiener mit ihm zusammen die Bismarcksche „Wahrheit“ sagen! Dagegen müssen in Berlin Strafgesetze ausgearbeitet werden — nicht in Rom.

Die armselige Bismarcksche Angabe, Lamarmora wäre nicht Ministerpräsident und nicht General! Das Lamarmorasche Buch bespricht ja nur die Zeiten, in denen er Beides war. Bismarck soll nur seine angebotenen Enthaltungen machen! Warum man dem Bismarck mehr als Lamarmora glauben soll, das kann nur dem Bismarck oder vielleicht tactischen Germanen aus Kassuben einleuchten. Man hätte kein Recht, ihn, Bismarck, öffentlich zu interpelliren! Das soll wohl eine Drohung sein gegen die „freien“ Kerle, die soeben, auch von den Arbeitern ins „deutsche“ Parlament gewählt sind. Wie die sich fürchten werden! Nicht einmal ordentlich zu schimpfen wagt der Mann im protestantischen Kirasferpanzer. Seine Pressknechte sollen das thun! Luther nannte die päpstlichen Dekrete „Dredate“, die Papisten „eitel Eitel“. Dafür nannten ihn die Papisten: Doktor Dredmärten, Doktor — hund &c. &c. Also nur ein wenig dreister, mein lieber Regierungsknecht, zu unsern Belustigung! Was du, Wahrheitsritter „led“ nennst, nennt Lügen-Lasker „Schamlos“. Du hast einen tüchtigen Schwabanten!

Die letzten Wahlen betreffend, so werden die sozialdemokratischen Deputirten zum deutschen Reichstage vom „Reuter“ unter der „antinationalen Minorität“ aufgeführt. Wer also nicht mit Bismarck geht, ist ein Vaterlandsverräter!

Der Berliner Korrespondent der „Times“, der immer aus nicht überall verstandener Vorsicht, wie ich neulich schon anbeutete, als „unser preussischer Korrespondent“ eingeführt wird, ist ein Reptilienjüngling comme il faut. Es trifft sich so zufällig, daß auch er sich in den heutigen „Times“ ins Lange und Breite hören läßt. Er glaubt eine von den „Liberale“ zu verlangende Aenderung des Wahlmodus für den deutschen Reichstag ankündigen zu dürfen. Die Sozialisten nennt er „rassistlos“, „Advokaten oder Opfer einer verfluchten Theorie“, „armselige Kerle, ohne Eigenschaften, die immer Zeit zum Agitiren haben und zur Abgabe ihrer Stimme für eine allgemeine Neuvertheilung des Eigenthums.“ Mit solchem Biss glaubt man sich helfen zu können und dafür leistet der Reptilienjüngling und die „Times“ Zahlung. Der Mensch, der dieses Zeug schreibt, heißt, glaube ich, Abel. Ich mache die Arbeiterdeputirten auf das Subjekt aufmerksam, da solche Gesellen

aus natürlicher, angelehneter und bezahlter Freiheit oft die ersten sind, welche sich in die Gesellschaft der von ihnen Verlassenen einschleichen. Also zeigt er sich, so — setzt ihn nicht an die Lust, sondern zahlt ihm einen Schoppen Wairisch auf dem Gensdarmenmarkt oder einen Schoppen Roselwein in der französischen Straße.

Der Trades-Union-Congress in Sheffield, die Strides in America, die Arbeiterwahlen in Deutschland, die „Intransigentens“ in Spanien, die Sozialistenhätigkeit in Dänemark — der arme englische Zeitungsschreiber wird ganz „schwach“ über diese Dinge. Verständniß hat er nicht; hat er ein wenig, läßt er sich abkaufen. Das brieflich oder telegraphisch dem englischen Publikum aus Deutschland mitgetheilt wurde, manche der Arbeiterdeputirten gingen — wörtlich — aus dem Gefängniß in den deutschen Reichstag, ist mir nicht bekannt.

Apropos! Kamigann! Wer ist Kamigann? Hat er wirklich meinen alten Freund und Rebellensohn Heinrich Bernhart Oppenheim geschlagen? Das wäre die Strafe dafür, daß er sich vor wenigen Monaten in Baden-Baden, wo ich ihn nach 7 Jahren zum ersten Male traf, über die „rothe“ Farbe lustig machte, die einem, wenn man älter wird, abhanden käme, wie er sagte. Der alte Knabe ist „grün“ geblieben. Sie conservatur gloria mundi! So erhält sich das Schöne auf der Erde!

Nachschrift. London, den 20. Januar 1873. — Vortretende Mittheilung habe ich zurückgehalten, um das „Telegramm“ mit einem ausführlicheren Postbericht vergleichen zu können. Das Schönde der „Reuterschen“ Telegramme wird durch den Vergleich um so deutlicher. — A propos! der immer schmutziger werdende Hofmann Bismarcks, der „Kladderadatsch“ mußte doch in seinem letzten Fabrikate über den französischen General Labmirault herfallen, und da führt er ihn vor als den „Besiegten von Spichern.“ Nicht Labmirault wurde bei Spichern am 6. August geschlagen, sondern Frostard. Labmirault kämpfte am 14. bei Borny, und daß er da so eigentlich „besiegt“ worden wäre, mag selbst Rolffe nicht zu sagen. An Wahrheit liegt dem „Kladderadatsch“ gar nichts, nur an Pfügenwigen!

Ob Sie all dies bruden werden, weiß ich nicht. Lamarmora ist ein Lügner und Barral ist ein Lügner und Govone ditto und Nigra ist ein Lügner und die „Katholiken“ sind Lügner und Labmirault ist ein Eitel und der Herzog von Aumale ein Eitel und ein Lügner und Mallinckrodt und Schorlemer sind Lügner und Contreras ist ein Stroch und Gortschakoff ist ein „Kusse“ und Raskoff ist ein Lügner und die Polen sind Lampen und die Sozialdemokraten sind Lügner und Sonnemann ist ein Reichsfeind und Bucher ist ein „Kuger Kerl“ und die Essig-Volbringer sind „Franzosen“ und die Franzosen sind Lügner und Beust ist ein Lügner und die Engländer sind Baumwolle und Baumwolle ist eine „Lüge“ und die „Kreuzzeitung“ ist eine „Lüge“ — wie sollten Sie nun noch irgend etwas bruden, als was Bismarck Ihnen schickt. Also wenn Sie meinen Brief nicht bruden, weiß ich warum. Der „Vollstaak“ ist ein „Lügner“ und ich bin ein Lügner — nur Bismarck sagt die Wahrheit! — So ist's.

*) Bis jetzt wissen wir nur, daß Kamigann, ein Agitator des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, mit Oppenheim in die engere Wahl gekommen ist.

Politische Uebersicht.

— Daß der Prophet im Vaterlande nichts gilt, beweist die „Wage“, indem sie schreibt:

„Was an dem Resultate des 10. Januar dem Fürsten Reichskanzler am meisten zu denken geben sollte, das ist der bisher nicht hervorgehobene Unterschied, je nachdem man jene Zifferngruppen nicht bloß nach Parteien, sondern auch lokal sondert. Da stellt sich denn heraus, daß in den alten acht Provinzen, den Stammländern des Preußen vor 1866, die Regierung heute bereits die Majorität der Volksvertretung gegen sich hat. Gewählt sind in diesen acht Provinzen 33 Nationalliberale und 16 Freiconservative resp. Reichsparteimitglieder, 24 Fortschrittliche und 24 Conservative, vom Centrum und den Polen aber 63 Mann. Diese bilden die Majorität gegen die verbündeten Nationalliberalen sammt Freiconservativen, ja sie ertragen mit ihren 63: 33 + 16 es selbst, daß noch der rechte Flügel der Fortschrittspartei den bedrängten Freunden zu Hilfe kommt, sind sie dann doch um so sicherer, daß in gleichem Maße die Conservativen sich von jenem Bündnisse fernhalten. Das hat nun zwar nur seine theoretische Bedeutung, aber es wird, wie wir vermuthen, von dem Manne, der „eigentlich mehr Preusse ist als Deutscher“, doch empfunden werden, daß er in dem alten Preußen heute ungefähr wieder so steht wie vor 1863. Freilich helfen Hannover und Hessen Nassau dieses Defizit repariren und das wird wohl auch so lange vorhalten, als noch die Männer politische Führer bleiben, die mit ihrer Ehre, ja vielleicht auch mit ihrer persönlichen Sicherheit engagirt waren für das Gelingen der „Entwicklung“ von 1866. Schweift der Blick jedoch über diese Grenzen hinaus, so trifft er wieder auf eine verdrießliche Thatsache, daß nämlich das neue deutsche Reich in Bezug auf Reichsfreundlichkeit — soweit diese durch die Wahlsiffern sich bezeugt — ganz wesentlich angewiesen ist auf das Wohlwollen der kleinen Länder und Vändchen, während das Land, welches der Kern „eines zweiten deutschen Reichs“ hätte sein können“ (wie der todtge Govone „sagt“, s. Lamarmoras Buch, Mäurer Ueberf. S. 131), Baiern, in einer starren Opposition verharret, die den Charakter vollkommener Feindseligkeit nur mäßig in der süßen Juthat der Rheinpfalz-Wahlen verdeckt. — Und schaut sich schließlich der Herr Reichskanzler in der Mehrzahl der reichsfreundlichen Bezirke die Ziffern der Wahlbetheiligung an, so beschleicht den einst „populärsten Mann“, der heute „stolz darauf ist, der Bestgehaltete zu sein“, vielleicht die Vermuthung, daß naturgemäß auf die beiden Stadien die Zeit folge, da er der gewaltigste gleichgültige Mann in Deutschland sein werde.“

Daß Bismarck in Preußen selbst nicht mehr die Majorität hat, ist allerdings eine bedeutende Thatsache. Wo er noch dominiert, ist man sich über die „Segnungen“ der Blut- und Eisepolitik noch nicht klar geworden. Die erfreulichsten Fortschritte nach dieser Richtung hin machen sich indes bereits bemerkbar, wozu der die an die Landwehrleute verliehenen 4 Millionen wieder einfindende Executor nicht den geringsten Theil beiträgt.

— Ein Heulmaier. Wir können uns selbstverständlich nicht mit all dem Unfinn befassen, den die gegnerische Presse im ersten Augenblick der Bestürzung und Ueberraschung bei der Kunde von unsern Wahlsiegen hervorgesprudelt hat. Von all den Jammermenschen aber, die mit Bet-r und Morbid die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen, als der Draht eine Hiobspost nach der andern brachte, hat uns der große Doctor Marx Hirsch entschieden den größten Spaß gemacht. Der arme Mann ist furchtbar aufgereggt; er scheint à la Bismarck seine „Revoen“ zu haben. Hören

wir einmal seinen Jammer an, den er unter der Ueberschrift: „Was die Reichstagswahlen lehren!“ in Nr. 4 des „Gewerkvereins“ losläßt. Nachdem er wehmüthig gen Himmel geschreit und sich über die vielen „Schwarzen“, die gewählt worden, beklagt hat, ruft er aus:

„Aber nein, von den kirchlichen Wahlen wurde nur so nebenbei gesprochen, wie man ein kleines Malheur neben einem gewaltigen Unglück (O Hio!) erwähnt. Dieses ebenso große wie über-raschende Unglück, das alle Gemüther erfüllte, es war das massen-hafte und geschlossene Auftreten der Sozialdemokraten. Was sagen Sie dazu, daß im Königreich Sachsen, in Schleswig-Holstein, in Hamburg, in Braunschweig, in Elberfeld-Barmen die Sozialdemokraten gesiegt oder wenigstens kolossale Minoritäten erzielt haben, und selbst in Berlin Hasenclever auf die engere Wahl kommt gegen Schulze-Delitzsch! Wer hätte das gedacht und was soll daraus werden! So hätte man in jenen Tagen sprechen, wohin man nur kam; von den Reichen mit Besorgniß oder („sittlicher“ natürlich) Entrüstung, von nicht Wenigen mit offener oder verdeckter Genugthuung.“

Das „gewaltige Unglück“ macht unser Märchen so konfus, daß er der Sozialdemokratie im Ganzen nur 350,000 Stimmen zu-gesieht. Wir haben indessen die Unverschämtheit, einige Mariaden (10,000) mehr zu beanspruchen und freuen uns weiter über Herrn Marx Hirsch:

„Unison!“ jammert er, „hätten einsichtige Gelehrte (hiermit ist wohl der unter dem Zeichen der Kummelbulle kämpfende „Würgengel“ Nathan Schlesinger gemeint?) auf den wachsenden Anhang und die Gefährlichkeit dieser Partei hingewiesen — die hochweisen Herren (es wäre interessant zu erfahren, ob dieser Hieb gegen Bismarck, Bucher oder Stieber gerichtet ist) ließen sich dadurch nicht irre machen.“

Der Jammer geht weiter: „Es ist endlich nach einem Naturgesetz (bon!) der Ent-wicklung anzunehmen, daß, unter gleichen Umständen das Wachstum der sozialdemokratischen Partei in den nächsten Jahren nicht nur fortbauern, sondern progressiv zunehmen wird. Wir hatten es bei reichlicher Ermögung für eher wahrnehmlich, als nicht, daß im nächstfolgenden Reichstage die Sozialdemokraten mit den Ultra-montanen, Polen &c. die Majorität (Schrecklich! dann wird sofort die Commune proklamirt!) besigen werden.“

Wollens einmal abwarten! Damit aber die Haut, welche bei dem Worte „Majorität der Sozialdemokraten“ dem „ruhigen Bürger“ schon schaudert, gleich eine Gänsehaut werde, sagt Marx Hirsch hinzu:

„Es ist jetzt so ungewöhnlich, die Wahrheit zu Gunsten von Gegnern offen anzuerkennen (Welches Eingeständniß! Also nur ausnahmsweise wird diesmal die Wahrheit gesagt; sonst wird gewöhnlich gelogen. Ach wie nett! daß Bucher aus unserer Darlegung wohl gar schließen dürfte, wir selbst gehörten zu den Sozialdemokraten und freuten uns ihrer Stärke. Nein, wir sind im Gegentheil mehr als je von der Verderblichkeit jener Partei überzeugt (Nun sind wir natürlich verloren!) und betrachten ihren eventuellen Sieg als das größte Unglück für unser Vaterland und ganz Europa, weil nur Bürgerkrieg (Huhu!) und Selbsttötung (Hoho!) daraus hervorgehen kann.“

Soweit der Heulmaier Marx Hirsch. Nach ihm kommt der Weltweise — „G'schweidle“ sagen die Schwaben — Marx Hirsch an die Reihe, welcher sich also einführt:

„Der größte Theil der für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen gehört nicht wirklichen überzeugten Sozialdemokraten, sondern Arbeitern, Kleinbürgern und Bau-leuten an, welche damit gegen die, sie drückenden politischen und sozialen Mißstände energisch protestiren wollten.“

Also „Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern, welche gegen die sie drückenden politischen und sozialen Mißstände energisch protestiren“, sind keine Sozialdemokraten! Der arme Marx Hirsch hat in seiner langen Praxis noch nicht einmal geirret, zu begreifen, was denn ein Sozialdemokrat eigentlich ist. Er muß eine Petro-leumflasche bei sich tragen, daran erkennt man den Sozialdemo-kraten, nicht wahr?

Nun kommt das Ende vom Lied. Heulmaier und Weltweise Marx Hirsch rufen aus:

„Das hauptsächlichste Mittel zur Linderung der sozialen Gäh-rung ist die staatliche Anerkennung der freien Arbeiterorganisation (Gewerkvereine, Unterstützungskassen, Schieds- und Einigungsämter); wäre man hiermit vor Jahren vorgegangen, so hätten die Sozialdemokraten bei Weitem nicht ihre jetzige Macht erlangt.“

Wie er die lieben Herrn Bourgeois vorwurfsvoll daran er-innert, daß er seit Jahren auf dem bedrohten Capitol sitzt und gadert, gadert, gadert, daß ihn aber die unbegreifliche Taubheit der lieben Herrn Bourgeois daran verhindert hat, gleich den römischen Gansen das Capitol, d. h. die „bedrohte Gesellschaft“ auch wirklich zu retten. Die wilden Gallier, d. h. die Sozialdemokraten sind eingedrungen, und das verlorne Gänschen, das umsonst gegadert hat, flattert in blindem Schreden herum, aber nicht stumm — denn es gadert noch, gadert, gadert, und es bligt in seiner verzweifelten Seele sogar noch die Hoffnung auf, daß nicht Alles verloren sei, und das Gaderen am Ende doch noch zum Heil führen könne.

Bismarck braucht bloß ein Marx Hirsch zu werden und die Gesellschaft ist vor der sozialen Revolution gerettet. Marx Hirsch aber amüsiert und vortrefflich, indem er an dem großen Westen-brand, den er voraussieht, sein eigenes Harmonie-Wasserschöpfchen zu lochen hemmelt ist. Er bietet sich der Bourgeoisie als frei-williger Polizeidiener an, indem er andrückt:

„Die drohende soziale Revolution ist nur durch eine aufrichtige und gründliche sozialpolitische Reform abzumenden; wohin-gegen alle reaktionären Bestrebungen gegen das gleiche Wahl-, Press-, Vereins- und Koalitionsrecht die Katastrophe nur be-schleunigen.“

Nur her mit der „sozialpolitischen Reform“, Märchen! Wir wollen dann sehen, wer den Borkheil davon hat — Du oder wir!

— In der Berliner „Vollzeitung“ vom 24. d. finden wir nachstehende Mittheilung:

„Die Erhebungen, welche die preussische Regierung über An-gemessenheit und Nothwendigkeit eines gesetzlichen Schutzes der in Fabriken beschäftigten Frauen und Minderjährigen gegen Sonntagsarbeit so wie gegen übermäßige Beschäftigung an den Werktagen angestellt und deren Ergebnisse ne dem Bundesrathe mitgetheilt hat, haben als nothwendig die Beschaffung einer Ueber-sicht bezeichnet, welche, nach Industrieen geordnet, nachweist die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiterinnen mit Angabe des Procentages der Verheiratheten, die Arbeitszeit nach Jahres- und Tageszeit geschieden, die Lohnsätze; ferner eine Zusammenstellung der hervorgetretenen Uebelstände, Mittel zur Abhilfe; endlich eine Erörterung der Durchführbarkeit der wünschenswerthen Maßregeln“

*) „Briefe der Dunkelmänner“ heißt eine bekannte Schrift Puttens.
(**) „Etwas mehr Licht!“ die bekannte Schrift von La Warmora.

und der Bedenken dagegen. Die Richtung, in welcher der Bundesrat beabsichtigt, der hochwichtigen Frage näher zu treten, lehnt sich zunächst an die Bestimmungen der deutschen Gewerbeordnung zur Verhütung einer Ueberlastung der jugendlichen Arbeiter mit Fabrikarbeiten an und will der einseitigen Unterwerfung überlassen, festzustellen, ob und in welchen Beziehungen eine Ergänzung dieser Bestimmungen zur Erreichung ihres Zweckes notwendig ist. Man will dabei hauptsächlich in das Auge fassen: eine engere Begrenzung des Anfangs- und Endtermins der täglichen Arbeit, eine Kontrolle durch Anzeige dieser Termine an die Aufsichtsbehörde, eine Beaufsichtigung bezüglich der Benutzung der Pausen Seitens der Arbeiter, die Frage, ob auch Minoritäten, welche das 16. Lebensjahr überschritten haben, durch besondere Maßnahmen gegen Ueberbürdung zu schützen seien, endlich die Anstellung von Fabrikinspektoren.

Wir lassen uns auf keine Besprechung der hier geltend gemachten Gesichtspunkte ein; wir wollen abwarten, für welche Maßregeln sich der Bundesrat entscheiden wird, und haben in unsere Abgeordneten das Vertrauen, daß sie bei den betreffenden Debatten im Reichstag das Interesse der Arbeiter nach Kräften wahrnehmen werden. Die Stellung, welche unsere Partei zu der Frage der Frauen und Kinderarbeit in den Fabriken einnimmt, ist bekannt; daß unsere dies bezüglich Forderungen schon jetzt voll und ganz durchgesetzt werden, liegt natürlich außerhalb des Bereichs der Möglichkeit, und kann es sich für unsere Vertreter selbstverständlich nur darum handeln, das höchste Maß des unter den obwaltenden Verhältnissen Möglichen zu erlangen. Das Erlangte ist kein Verzicht auf das Richterlangte.

In Bezug auf die in Nr. 9 des „Volkstaat“ erwähnte „Allgemeine Gewerkschaften-Liga“ wird uns mitgeteilt, daß deren Zusammenhang mit der internationalen Arbeiterassoziation keineswegs feststeht. Die uns vorliegenden zwei Nummern der von der „Liga“ veröffentlichten, einmal monatlich erscheinenden Zeitschrift „Union des Travailleurs“ (Arbeiter-Union) lassen keinen bestimmten Schluß zu. Wir haben uns an einen bestimmtem Parteigenossen um Auskunft gewandt, und werden das Resultat ungefähr mittheilen. Die Züricher „Tagwacht“ schreibt über diese „Liga“, oder wie dieselbe mit ihrem französischen Namen heißt: „Ligue universelle des Corporations ouvrières“, die folgt:

Wir haben unsern Lesern das Entstehen einer neuen Arbeiterverbindung zu berichten, der „Ligue universelle des Corporations ouvrières.“ Der Name wird am richtigsten übersetzt durch „Allgemeiner Gewerkschafts-Verband“. Bereits ist die dritte Nummer eines Organs, „L'Union des Travailleurs“ (die Arbeiter-Union) in Genf erschienen. Der „Excelsior“ (Auslöcher) befindet sich ebenfalls in Genf. Die Tendenz des Verbandes ist eine internationale d. h. der Verband soll sich über alle Länder erstrecken, er kündigt gemäßigt sozialdemokratischen Anschauungen, ist aber ein politischer Verein, sondern ein purer Gewerkschaftsverband, in den nur Gewerkschaften aufgenommen werden. Wie es scheint, bilden die französisch-redenden Gewerkschaften in Genf den Kern dieses Verbandes. Genaueres konnten wir jedoch bis jetzt nicht erfahren. Das Organ des Verbandes enthält Korrespondenzen aus verschiedenen Ländern.

Der am 14. Januar in Sheffield stattgehabte Kongreß der Gewerkschaften von Großbritannien erhielt eine Einladung zum Beitritt in den „Allgemeinen Gewerkschafts-Verband“. Der Kongreß lehnte den Beitritt vorläufig ab, hat jedoch sein permanentes Comité beauftragt, mit dem Verbandsbrüderliche Beziehungen zu legen.

Durch kaiserliche Verordnung ist der Reichstag am den 2. Februar nach Berlin einberufen worden. Wir ersuchen unsere Parteigenossen, da wo es noch nicht geschehen ist, sofort mit der Abfassung der Wahlproteste und Wahlbeschwerden vorzugehen und sie nach Berlin abzuschicken. Die Wahlprüfungen finden sofort nach Zusammentritt des Reichstags statt. Bezüglich der Anträge, die zu spät eintreffen, mag ihr Inhalt noch so wichtig sein, ihnen keine Berücksichtigung mehr.

Wir fordern noch einmal nachdrücklich auf, daß auch Bewerben über Wahlbeeinträchtigungen aus Bezirken eingeschickt werden, wo voraus zu sehen ist, daß sie in Bezug auf das Endresultat der Wahl keinen entscheidenden Einfluß haben. Es ist einfach zu konstatieren, mit welcher unerhörten Mittel die Gegner das freie Wahlrecht zu unterdrücken suchten, damit ähnliche Vorkommnisse bei späteren Wahlen möglichst verhütet werden.

Correspondenzen.

Münchenbarnsdorf, 23. Januar. Nachtrag zum Streite der Teppichweber. Die von den Herren Teppichfabrikanten provozierte Beiseinsetzung ist nun bereits in eine Aussperrung ausgeartet. Die Fabrikanten hatten nämlich gemeinschaftlich beschlossen, daß kein Arbeiter, welcher Dienstag nicht arbeitet, auch später nicht über arbeiten dürfe. Wie es aber schon öfters vorgefallen, gab auch bei uns Individuen, welche sich in voller Hundsbemuth Lohnstellen beschafften. Um nun aber sämtlichen Webern dieses Ortes ein kares Bild von der Sachlage vorzulegen, besaßen wir eine Weberversammlung ein, wozu auch sämtliche Arbeitgeber brieflich eingeladen wurden, um womöglich noch eine Verständigung mit diesen herbeizuführen. Die „Herren“ aber zogen vor, nicht zu erscheinen, sondern sandten ein Schreiben an den Vorsitzenden der Versammlung, daß sie sich mit den bis heute bei ihnen in Arbeit stehenden Arbeitern über die Lohndifferenz verglichen würden. Hiermit war doch deutlich erklärt, daß diejenigen, die bis Dienstag sich nicht in den vorgelegten Lohnstarif gethan, ausgesperrt seien und sind in Folge dessen achtzehn Arbeiter das Pflaster geworfen. Die Weberversammlung, welche sehr besucht war, faßte folgende Resolution: „Die heutige Weberversammlung erkennt die Forderungen der Teppichweber gegen ihre Arbeitgeber als gerecht, und ist mit dem Streite vollkommen einverstanden. Pflicht eines jeden hiesigen und auswärtigen Webers es aber, diesen Streite nach Kräften zu unterstützen.“ Noch sei heute erwähnt, daß diese Aussperrung größtentheils Parteigenossen und Familienmitglieder betrifft, denn wie sich einer dieser Patrone ausgesprochen, müßten erst die Rothen aus den Fabriken hinaus, würde schon Ruhe werden. Wir hören hier abermals, daß man darauf abgesehen ist, unsere Prinzipien zu vernichten, und denjenigen, welcher stets für Recht einsteht, nur zu Grunde gehen zu lassen soll. Aber diese Leute haben sich nun gelüßt, und senden man sobald als möglich an den Kassier des Streites Louis Vogel bei Gottfried Brühner. Mit Druderguß Karl Seiserth, Vorsitzender.

Helsenau bei Thum, den 21. Januar. (Aus dem 20. sächsischen Wahlkreis.) Dr. Brochhaus erhielt 5001, Tölke 1561, Wilh. Liebnecht 419 Stimmen. Davon erhielten in Helsenau Brochhaus 102, Liebnecht 162 und Tölke 32 Stimmen. Es war mithin die Stimmenabgabe hiesiger Orts eine geringere als vor 3 Jahren, wo damals über 600 Stimmen abgegeben wurden, wovon über zwei Drittel auf den Arbeiterkandidaten fielen. Es hatte diese Wahlenthaltung ihren Grund darin, daß wir jeder Agitation seitens der Partei da waren, denn nicht eine einzige Versammlung ist in unserm Wahlkreise abgehalten worden, ferner konnten wir unsern Wahlkreise nicht gehörig mit Wahlausrufern versehen, da wir erst den letzten Tag dieselben erhielten. Sodann erregte auch die Aufstellung zweier Arbeiterkandidaten einigen Anstoß, in unruhig gewählten Kreisen, welches vielfach Wahlenthaltung zur Folge hatte.

Von gewisser Seite mag uns oftmals der Vorwurf gemacht worden sein, daß wir nur Zersplitterung der Arbeiter bei der Wahl ins Auge gefaßt hätten, dem entgegen wir, daß Niemanden ein einheitliches Vorgehen lieber war, als uns. Obgleich hinsichtlich des Congressbeschlusses, daß bei der diesmahligen Reichstagswahl unsere Partei selbstständig vorzugehen habe, unser Vorgehen ein correctes war, so hielten wir es dennoch für rathsam, mit den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Zschopau ein Wortchen darüber zu sprechen. Bereits auf der Landesversammlung in Chemnitz, wo wir ebenfalls anwesend waren, hielten wir es für geboten, einstweilen von der Aufstellung eines Kandidaten im 20. Wahlkreise abzusehen, wiewohl es der einzige unbesetzte in Sachsen war. Kurz nach derselben wurde der Versuch gemacht, unter Vorschlag eines geeigneten Kandidaten für unsern Wahlkreis ein einheitliches Vorgehen mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu erzielen, welcher in schroffer Weise abgewiesen wurde. Ebenso ging es einem im November an denselben abgeordneten, die Nothwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens betonenden Schreiben, auf welches uns erwidert wurde, daß wir nur für Tölke zu stimmen hätten. Der berüchtigte Tölke konnte bei uns kein Vertrauen, wiewohl wir die Kandidatur eines Andern bei uns nur halbwegs besser angeschrieben vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein nicht verschmäht haben würden. Nach diesen schroffen Vorgehen der Allgemeinen Deutschen in Zschopau, sowie ihrer Genossen in Chemnitz, welche mit der Kandidatur Tölke's im Chemnitzer Wahlkreise die lächerliche Absicht hatten, die Wahl Ros's zu nichte zu machen, sahen wir uns veranlaßt, mit der vom Landesauschuß in Dresden vorgeschlagenen Kandidatur Liebnecht's vorzugehen. War auch die auf denselben entfallene Stimmenzahl gerade keine imponante, so war sie doch unter solchen Umständen befriedigend.

Colditz, (14. Wahlkreis.) Wir hielten hier mehrere Versammlungen ab, welche alle gut besucht waren, auch ist der Geist ein guter. Besonders gut besucht waren die Versammlungen in Zöllwitz, Schwarzbach, Schönbach und Colditz. An diesen Orten referirte Genosse Wolf aus Oesterreich. Sein Vortrag sprach allerorts sehr an und ist es besonders diesen Versammlungen zu danken, daß wir eine bedeutend größere Stimmenzahl erhalten haben. Obwohl Wolf die Gegner allerorts aufforderte, entgegenzutreten, meldete sich doch Niemand. In Colditz haben wir eine Majorität von 60 Stimmen.

Gera, 19. Januar. Im Fürstenthum Reuß j. Linie, welches einen Wahlkreis bildet, war diesmal der Wahlkampf ein recht lebhafter. Dem bisherigen Abgeordneten, „unserm Braun“, dem Kandidaten der vereinigten Liberalen und Conservativen, standen zwei Kandidaten gegenüber, der Kandidat der Fortschrittspartei, Rechtsanwalt Albert Träger aus Colleda, der Dichter der Gartenlaube, und unser Candidat, Dr. med. Gustav Voigt in Leipzig. Die verschiedenen Wahlversammlungen waren alle sehr stark besucht, zu lebhaften Erörterungen kam es in Gera bei der Braunschweiger Wahlvorstellung und in Schleiz bei der sozialdemokratischen; in Gera geriethen die liberalen Brüder Fortschrittler und Nationalliberale in lebhaften Streit, in dem sie sich zum Gaudium der Demokraten ihre gegenseitige Abtrünnigkeit vorwarfen, und es ist noch unentschieden, wer bei dieser Raubjagd die meisten Haare gelassen.

Herr Wartenburg warf, und mit Recht, Braun seine Abstammungen vor, die ihn als einen Regierungsmann kennzeichnen, so die Zustimmung zu den 4 Millionen an den Kaiser zur Dotation der Generale. Braun entschloß sich bei seiner Entgegnung der charakteristische Satz, daß da der deutsche Kaiser dem Deutschen Volke 5 Milliarden geschenkt habe, man auch ihm 4 Millionen schenken könne. Nun sind unsere Geraer wohl gewohnt, sich zeitweilig einen Bären aufbinden zu lassen, diese Bärenphilosophie war ihnen aber doch zu stark; ein äußerst melodisches Grinsen erhob sich, welche bekundete, daß Michel diese Art von Freigebigkeit nicht behagte. Ferner warf Hr. Wartenburg „unserm Braun“ vor, daß er gegen die Grundrechte gestimmt. Herr Braun war aber hurtig mit der Entgegnung bei der Hand, daß er diesen Vorwurf mit der ganzen Fortschrittspartei theilen müßte, die damals ebenfalls gegen die Grundrechte gestimmt, überhaupt finde er gar keinen Unterschied zwischen der Fortschrittspartei und den Nationalliberalen, da ihre Ziele die gleichen seien. Dieses gegenseitige Felzwachen hat nur zur Erheiterung der Demokraten gedient, die sich nur noch gewundert, daß diese liberalen Brüder nicht den weisen Ausspruch Napoleons I. beherzigt haben: „Wischen wir unsere schmutzigen Wäsche en famille“ und nicht vor dem Forum der Öffentlichkeit.

Noch kürzlicher ist es aber zugegangen, als unser Candidat, Dr. Voigt, in Schleiz sprach, wo wir nur vereinzelte Parteigenossen haben. Dort suchte die Bourgeoisie auf alle Weise die Versammlung unmöglich zu machen, indem sie durch Schreien und Toben den Redner verhindern wollte, seine Grundsätze zu entwickeln. Wirklich gebildete Menschen lassen wenigstens ihren Gegner antworten, vorzüglich bei der Vorstellung eines Kandidaten; aber die Schleizer Bourgeois, die sonach an Bildung tief unter den Geraer Bourgeois stehen, befürchteten wahrscheinlich, daß durch das sozialistische Gift die Schleizer Milch der frommen Denkungsart dann ferner ungenießbar werde, oder daß ihre liberalen Kartoffelbeete mit der Lava der Empörung überschwemmt würden. In Gera würden die Arbeiter solche Klageschreie einfach die Treppe hinunter speidix haben und das störrische Gedächtniß durch Verührung mit kräftigen Proletarienhänden ausgerüttelt und an das deutsche Sprichwort erinnert haben, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht sei. Zur Charakterisirung des Stadtrath's Gluck in Schleiz diene noch folgendes Faktum. Als über den Vorschlag in der Versammlung abgestimmt werden sollte, und seine Gesinnungsgenossen seinen Namen mitnannten, erhob derselbe alle beide Arme, um doppelt gezählt zu werden, und gemahnte in dieser klassischen Attitüde an eine Eisenbahnsignalstange. Trotz dieser doppelten Abstimmung seinerseits wurde unser Parteigenosse, Feilenhauermeister Barthold Borsigander, unter dessen Leitung endlich unser Candidat sein Referat beenden konnte. Ueber ihre Heldenthaten, Skandal-

machen bei Anfang der Versammlung, berichteten diese faulen Cumpare dann an die „Geraer Zeitung“ einen großen Sieg. Die Kothheit rühmt sich noch ihres fleißigen Behahrens gegenüber der Bildung, und da wundert sich solches Geschlecht noch, wenn manchmal dem arbeitenden Volke der Gebuldsfaden reißt, und man solchen Büchsen handgreiflich Mores laßt.

Das Resultat der Wahl in unserm Lande ist, daß der Fortschrittscandidat 4300, der nationalliberale 3600 Stimmen und der sozialdemokratische 1097 Stimmen bekommen hat. Es findet also eine Stichwahl zwischen Träger und Braun statt. Die angenehme Persönlichkeit Trägers, sein freihändlerisches Programm und sein Bekanntheit durch die „Gartenlaube“ haben ihm wohl die Majorität erzielt helfen; zudem ist es ja eine bekannte Erscheinung, daß der Candidat der Mittelpartei, sobald dies eine annehmbare Persönlichkeit ist, die Stimmen von oben und unten absorbiert. Bei der Stichwahl werden wir, um „unsern Braun“, nicht mehr den unsern nennen zu können, für Träger stimmen, da er denn doch von beiden liberalen Uebeln das kleinere ist.

Berlin. Bekanntlich ist hieselbst im 6. Wahlkreise eine Stichwahl zwischen Schulze-Delitzsch und Hasenclever nöthig geworden und fand am 23. d. eine geschlossene Mitglieder-Versammlung unserer Partei statt, um uns über unsere Stellung zu dieser Frage schlüssig zu werden. Selbstverständlich konnte es sich nur um Wahlenthaltung oder Stimmen für Hasenclever handeln, umso mehr, da von allen antisozialistischen Parteien die Wahl Schulze's als Demonstration in Szene gesetzt werden sollte. Indessen war für unsere Mitglieder die Frage, ob für Hasenclever stimmen oder nicht, eine desto schwierigere. In der sich hierüber entspannenden Debatte wurde einerseits auf die bisherige Wirksamkeit Hasenclever's hingewiesen, seine Unentschiedenheit und Unzuverlässigkeit, sowie seine Abhängigkeit von den Einflüssen des E. W. Tölke hervorgehoben; durch sein öffentliches Auftreten für Schweiger, als er längst von dessen Betrüherei überzeugt war, habe er zum nicht geringen Theil Schuld an der Spaltung der Arbeiterpartei, schließlich solle man nicht vergessen, daß Hasenclever durch Leitung und Anordnung von Sprengungen das Versammlungsrecht illusorisch gemacht habe; aus alledem erhelle, daß Hasenclever unmöglich sei, als Candidat der Sozialdemokratie zu fungiren und empfahl man deshalb die von Regner beantragte Resolution, dahin gehend, daß die Mitglieder unserer Partei sich der Stimme zu enthalten haben.

Andererseits war folgende Resolution beantragt worden: Antrag von E. A. Schramm:

„In Erwägung, daß bei der bevorstehenden engeren Wahl im 6. Berliner Wahlkreise der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nur die Alternative bleibt, für Hasenclever zu stimmen oder sich der Wahl zu enthalten, beschließt die heutige Mitgliederversammlung trotz aller entgegenstehenden Bedenken gegen die Person Hasenclever's, demselben bei der engeren Wahl die Stimme zu geben und damit zu documentiren, daß sie sich im Grundprinzip mit den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins einig sieht und die durch persönliche Interessen genährte erweiterte Spaltung unter den Arbeitern auszugleichen bemüht und bereit ist.“

Hierfür wurde geltend gemacht, daß es nicht anstreihend sei, nur die Personenfrage, die einer der Mängel des allgemeinen Wahlrechtes sei, zu erörtern, sondern daß auch die Lage der Dinge ins Auge zu fassen sei und da müsse man doch bedenken, daß die Leute, welche in der ersten Wahl Hasenclever ihre Stimme gaben, in ihrer großen Mehrzahl ehrliche Sozialisten seien, die Hasenclever, nur weil sie ihn als Sozialdemokrat kannten, gewählt hätten; man würde diesen Wählern Unrecht thun, wollte man bestreiten, daß Hasenclever Kandidat der Sozialdemokratie sei. Die Gegner sahen ihn als einen solchen auf und wollen gegen die Sozialdemokratie, nicht gegen Hasenclever, eine Demonstration feiern, deshalb müsse jeder Sozialdemokrat Stellung nehmen, ein ruhiges Zulassen sei aber Unterstützung der Gegner. Schließlich erhielt der Schramm'sche Antrag bei der Abstimmung eine Majorität von 12 Stimmen gegen den Regner'schen.

Betreffs der Nachwahl im dritten Berliner Wahlkreise wurde einstimmig beschlossen, wiederum für unsern Kandidaten Dr. Johann Jacoby einzutreten, um durch concentrirte Agitation ein Resultat entsprechend dem im 4. und 6. zu erzielen, zu welchem Zweck sofort ein Wahlcomité des Wahlkreises gewählt wurde.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Ed. Bernstein, Schriftführer.

Breslau, 22. Januar. Bericht über die Wahlagitacion.) Unsere lokale Wahlcampagne hat eine lange Geschichte. Da wir uns zuerst den übrigen Arbeiterorganisationen gegenüber für isolirt hielten, so hatten wir bereits ein Wahlcomité gewählt und beschlossen, Joh. Jacoby für beide Wahlbezirke anzustellen, als mehrere Mitglieder eines aus Anhängern der Gewerkoereine bestehenden Arbeiter-Wahlcomités an uns herantraten und erklärten, daß sie gern bereit seien, ihre Stimmen in einem Wahlbezirke mit uns auf Joh. Jacoby zu vereinigen, wenn wir für den andern Bezirk zu Gegendienstleistungen geneigt seien, überhaupt wurde in Ausbese genommen, eine Vereinigung aller 3 Fractionen für die Wahlen zu erzielen. Wir unsrerseits erklärten uns natürlich zu jeder Verständigung, durch die unser Parteiprogramm keine Beeinträchtigung erlitt, bereit. — Auch die Allgemeinen Deutschen machten Miene, mit uns zu gehen; sie schlugen in der Privatkonferenz, die wir 3 Fractionen veranstaltet hatten, F. W. Frischke als ihren Kandidaten vor. Wir acceptirten ihn freilich, aber die Gewerkoereiner lehnten ihn ab. Es wäre somit zu einer Verständigung zwischen uns und den Allgemeinen Deutschen gekommen — wenn diese nicht hinterher erklärt hätten, daß sie, weil sie (laut Berliner-Ordre) nur für Vereinsmitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins stimmen dürfen, nicht aber für Jacoby, Frischke in beiden Bezirken anstellen wollten. Wir sollten uns also ihrer Dictatur blindlings unterwerfen; das verstanden die Herren unter „Coalition“. Wir zogen uns natürlich nun von ihnen jurad. Doch fragten wir bei Frischke brieflich an, ob es wahr sei, daß er den hiesigen Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins erklärt, er werde, falls ihm hier ein anderer Arbeitercandidat gegenübergestellt würde, ablehnen. Frischke vermied eine präcise Beantwortung dieser Frage und erwiderte nur, daß er es sich „zur höchsten Ehre anrechnen würde, mit Jacoby in Einer Stadt gewählt zu werden“, und daß er es bedauere, wenn unser Vorhaben ihn und Jacoby zu wählen, von den Allgemeinen Deutschen nicht unterstützt würde. In diesem Sinne mag er sich auch an die hiesige Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen direkt gewendet haben, denn es ist sonst nicht zu erklären, warum man seitens derselben sofort von der Candidatur Frischke's absah und den in Breslau gänzlich unbekanntem Maschinenbauer Bähke aus Berlin in beiden Bezirken aufstellte.

Wir nahmen nun den Compromiß mit den Gewerkoereinen wieder auf; über Jacoby waren wir von vornherein einig; wen aber für den zweiten Bezirk aufstellen? Herr Cohn plädirte für den „Arbeiterfreund“ Franz Dander. „Ne und nimmer“ lautete

unser Antwort. Wir stimmen für jeden und nicht gerade feindlich gesinnten Arbeiter der Gewerksvereine, aber für keinen „Arbeiterfreund.“ — So wurde denn Andreas vorgeschlagen und von uns ohne Weiteres angenommen. Von da ab wurde die Wahlagitatio von uns gemeinschaftlich betrieben, obschon das „Arbeiter-Wahlcomité“ nominell lediglich aus Mitgliedern der Gewerksvereine bestand. Auch den vom „Arbeiter-Wahlcomité“ unterzeichneten Wahlaufsatz, der kurz und bündig die Arbeiterinteressen gegenüber dem Bourgeoisstandpunkt bezeugte, haben wir gemeinsam abgefasst. — Die „Wähler-Versammlung“, die das Comité einberufen hatte, entsprach freilich unsern Erwartungen nur dürftig. Man kann zwar nicht sagen, daß Andreas schlecht kandidirt habe, aber Bähle hat die Arbeiter besser zu packen gewußt durch geschickte Darstellung ihrer Situation, und legerer würde, wenn er etwas weniger ungrammatisch und schauspielermäßig gesprochen hätte, noch mehr Stimmen errungen haben als so. Gelprenzt wurde die Versammlung ausnahmsweise nicht; viel aber schloß kaum dazu; denn die Allgemeinen Deutschen bildeten eine starke Minorität in der Versammlung. — Um ein günstigeres Wahlergebnis zu erzielen, hätten wir jedenfalls mindestens drei Volksversammlungen anberaumen müssen; dazu aber gebracht es an einem geeigneten Lokale. Wir werden hier nicht eher Ziele erringen können, als bis wir ein ständiges, gut gelegenes größeres Vereinslokal besitzen. Die Allgemeinen Deutschen haben ein solches und lediglich diesem Umstande verdanken sie die 200 Stimmen, die sie mehr gewonnen haben als wir. Im Ganzen haben die Arbeitercandidaten Breslans 3600 Stimmen auf sich vereinigt, — gegen die Wahl von 1870 ein erheblicher Fortschritt. Die Bourgeoisie war über diese ansehnliche Minorität nicht wenig betroffen. —

Die Wahlmanöver der Allgemeinen Deutschen waren natürlich die üblichen. In den im Vereinslokal Abends abgehaltenen öffentlichen Versammlungen erzählte Herr Bähle, wie Liebknecht im Eölnner Communistenprozeß (1851) die Arbeiter dem Zuchthaus überliefert habe u. dergl. m. — Dann wurde den Arbeitern heimlich ins Ohr gerannt, unser Candidat Jacoby sei der bekannte Liegnitzer Regierungsrath Jacobi und Bähle also der einzige Arbeitercandidat. Dieser Kniff gelang um so mehr, als in Liegnitz die Gewerksvereine thatsächlich das Unverantwortliche begangen haben, den gedachten Regierungsrath Jacobi gegen ein Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu unterstützen. — Daß auch hier wie anderwärts viele Wahlvorfälle (gegen den Wortlaut des Gesetzes) bei der Stimmenzählung die Thüren verschlossen und sich aller Zeugen entledigten, ist selbstverständlich. Ein Wahlvorfälle hatte sogar neben der Urne ein Häufchen Stimmzettel liegen. Woju? kann sich Jeder denken. — In einem Bezirke passirte es, daß ein Beisitzer, als er merkte, daß der seitens der Liberalen vor der Thür postirte Dienstmann Kirchmann'sche Zettel statt Ziegler'sche ausgab, zu ihm hinauslief und ihn zornig auf diese Verwechslung aufmerksam machte. — In der Schmidt'schen Fabrik auf dem Rehdamm, welche 400 Mann beschäftigt wurden während der Arbeitszeit die Thore geschlossen und Jeder, der außer der Mittagszeit zur Wahl gehen wollte, mit sofortiger Arbeitsentlassung bedroht. — Wie viele Kaufleute ihre Commis und Handhüter unter persönlicher Aufsicht zur Wahl schleppten, indem sie ihnen an der Thür erst den Stimmzettel in die Hand gaben und darauf achteten, daß er nicht mit einem andern vertauscht würde, das entgeht jeder Berechnung.

Ein Hauptschreden für die hiesige von der Börse gekaufte Presse (die Elbner'sche „Morgen-Zeitung“ gehört zur Hälfte der Westerbank, die „Dreslauer Zeitung“ zur Hälfte dem Schlesischen Bankverein und die „Schlesische Presse“ vollständig der Discontogesellschaft) war es, daß die Hirsch-Dunder'schen gegen die Fortschrittspartei und mit uns gewöhlt haben. Dafür werden die Gewerksvereine auch bereit — obschon mit Unrecht — als vollständig in unser Lager übergegangen, dargestellt. In Wirklichkeit denken die hiesigen Gewerksvereine noch nicht daran, sozialistisch zu sein; sondern ihr Fortschritt besteht zunächst lediglich darin, daß sie uns nicht mehr als ihre Feinde ansehen und zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die Arbeiter nicht mehr das Anhängsel der bürgerlichen Fortschrittspartei sein dürfen, sondern eine eigne Partei bilden müssen. Die Mitglieder der hiesigen Gewerksvereine wollen also keineswegs diese zu politischen Vereinen umgestalten, sondern nur, indem sie die Physiognomie des alten Klassenwesens unverändert lassen, außerhalb der Gewerk-, alias Klassenvereine Arbeiterpolitik treiben, anstatt (wie bisher) sich unbedingt unter die Autorität der Fortschrittspartei zu beugen. Unverkäuflich ist dies ein erheblicher Fortschritt, der, wenn er sich im ganzen Lager der deutschen Gewerksvereine vollzöge, der Arbeiterbewegung die Stärke verleihe, den Knüttel niederzuhalten. Hier in Breslau wenigstens haben wir das Schuß und Trug-Bündniß gegen den Knüttel durch die Wahlagitatio geschlossen und wir hoffen, daß es sich bewähren wird.

Von Stade wird uns berichtet: Obschon die Wahl des 10. Januar für unsern Candidaten Theodor Nord, den wir dem nationalliberalen Parteihauptling R. v. Bennigsen gegenübergestellt hatten, uns nur wenige (809) Stimmen eingebracht hat, so glauben wir doch, daß kein anderer Ort in der ganzen Partei ein so günstiges Resultat aufweisen kann wie Stade.

Unsere Parteimitgliedschaft hat sich verdoppelt, so daß wir jetzt 80 Mitglieder zählen auch die Mitgliedschaft der Gewerkschaft der Holzarbeiter ist um 40 Mitglieder größer geworden und zählt jetzt 160 Mann. Welcher Ort in Deutschland kann ein gleiches Resultat aufweisen? Und doch sollte man überall die Wahlagitatio zur Förderung und Ausbreitung der Organisation benutzen. Wir haben in der Hinsicht gelhan was in unsern Kräften stand, und müßten es sehr bedauern, wenn andere Orte dies versäumt hätten und das Versäumte nicht jetzt noch nachzuholen sich besäßen.

Früh dravf Parteigenossen! schmiedet das Eisen, weil es noch warm ist. Gründet an allen Orten Mitgliedschaften und sorgt dafür, daß die Zahl der Mitglieder sich verdoppelt. Das wäre ein Erfolg, der selbst ein paar siegreiche Wahlen aufwiegen würde.

Und wie steht es denn mit dem „Volksstaat“-Abonnement? Hat man da überall seine Schuldigkeit gelhan? Wir fürchten sehr, daß im Wahlagitations-Trudel dies vernachlässigt ist. Nun, ein schlechter Parteigenosse, der das Versäumte jetzt nicht nachholt, ein noch schlechterer Agitator, der es unterläßt, darauf hinzuwirken. Es ist gerade kein günstiges Ereigniß, was der Partei damit ausgestellt ist, daß das Parteiorgan wenig mehr als 6500 Abonnenten hat.

Liegnitz. Wir warnen hiermit, in die „Schlesische Wollenwarenfabrik“ Actiengesellschaft einzutreten, weil mit großer Willkür gegen die Arbeiter verfahren wird.

Regensburg, 22. Januar. (Bericht über die Wahlen.) Am 4. Januar hatten die hiesigen Mitglieder Volksversammlung im Saale zur weißen Rose abgehalten, in welcher der aufgestellte Candidat seine Candidaturrede hielt. Die Versammlung wurde um 10 Uhr eröffnet, denn vor 10 Uhr war der Saal bereits schon überfüllt. Der Vortrag unsern Candidaten wurde mit stürmischem

Beifall aufgenommen. Unser Candidat Rüd mußte sich kurz fassen, denn um 11 Uhr war von Seite der liberalen Partei auch Volksversammlung anberaumt, in welcher der Herr Gasthofbesitzer Förderer, der Candidat der Liberalen, sein liberales Glaubensbekenntniß ablegen sollte. Dort mußten auch wir sein. Nach einer Abstimmungsprobe, die der Unterzeichnete als Vorsitzender vornahm, und die ergab, daß von der ca. 400 Mann starken Versammlung sich alle für unsern Candidaten erklärten, forderte derselbe noch auf, sich in's neue Haus zu den Liberalen zu begeben, um denselben den Saal zu fällen. Ungefähr 300 Mann folgten dieser Einladung und panischer Schreden malte sich auf den Gesichtern, als wir den Saal betraten. Ein Herr Advokat war gerade daran, das liberale Phrasenprogramm zu erläutern, auch Herr Förderer sagte in einigen Worten — nichts. Herr Grub zog über die Gegenkandidaten los, ließ aber die Sozialdemokraten ungehoren. Gleich nachdem Herr Grub geendet wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen, so daß ansererseits Niemand zu Worte kommen konnte; nichtdestoweniger erdreistete sich das „Regensburger Tageblatt“ zu schreiben, daß die Versammlung geschlossen worden sei, da sich sonst Niemand zum Worte gemeldet hätte.

Wahlergebnis: Brühl (ultramontan) 13,807. Förderer (liberal) 3632. Rüd (Sozialdemokrat) 297. Soeben erfahre ich, daß Rüd in Weich 6 Stimmen erhalten hätte, die aber nicht verzeichnet gewesen wären. Die Sache wird untersucht werden.

Lechhausen, 21. Januar. Das offizielle Wahlergebnis ist: 17,827 Stimmen. Davon erhielten der ultramontane Candidat Dr. Anton Schmid, Domcapitular von Bamberg 15,228 Stimmen; der liberale Candidat Freyerr von Lautphöns, Königl. Bezirksamtmann von Schönbühnen 2058 Stimmen; unser Parteigenosse Rüd 307 Stimmen. Für Lechhausen vertheilte sich die abgegebenen 1,188 Stimmen folgendermaßen: für Schmid 780 Stimmen, Rüd 277 Stimmen, Lautphöns 123 Stimmen.

Um den auswärtigen Parteigenossen auch noch zu zeigen, daß wir während der Wahlperiode unsere Schuldigkeit gethan, geben wir nachstehenden Bericht. Nachdem schon in mehreren Mitgliedsversammlungen die Aufstellung eines eigenen Candidaten besprochen wurde, fand Sonntag, den 7. Dezember eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in der die Candidatur unsern wackern Kämpfers Joh. Rüd einstimmig angenommen wurde, worauf sich dann das Wahlcomité bildete. Sonntag, den 21. Dezember unternahm wir eine Recognoscierung nach dem benachbarten Städtchen Friedberg, um dort Anknüpfungspunkte zur Einkerzung einer Volksversammlung zu suchen, was auch gelang. Freitag, den 26. Dezember fand hier eine stark besuchte Volksversammlung statt, in welcher unser Candidat Rüd anwesend war, und das Referat übernommen hatte. Derselbe legte in zündender Rede unsere Prinzipien dar und kam dann auf die heutigen Zustände und besonders auf die Beschaffenheit des deutschen Reichstags und seiner Abgeordneten zu sprechen, wobei er sich den Beifall aller Anwesenden erwarb. Sonntag, den 28. Dezember fand dann in Friedberg eine zahlreiche, von allen Ständen besuchte Volksversammlung statt, in welcher Freund Lauther referirte. Redner begann mit der Schilderung der früheren Herrschaft des Adels und der Geistlichkeit, ging auf die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft über, wies nach, wie durch die Erfindung der Spinnmaschine u. die Großproduktion sich immer mehr ausgebreitet, und die Kleinhandwerker und Kleinbauern immer mehr verschwanden, wovon die immerwährende Vermehrung der Santungen den besten Beweis liefere. Als dann Redner auf den heutigen Staat zu sprechen kam und das ungerechte Steuer- und Militärwesen und besonders das einjährige Freiwilligen-system geißelte, konnte man den zahlreich anwesenden Kleinbauern von dem Gesichte lesen, daß ihnen aus der Seele gesprochen wurde. Da unser baldiges Wiederkommen gewünscht wurde, fand gleich am darauffolgenden Sonntag wieder ein Volksversammlung statt, welche noch besser besucht war und ebenfalls den günstigen Verlauf nahm, so daß wir nächsten zur Gründung einer Mitgliedschaft dortselbst schreiten werden. Die letzte Woche vor dem Wahltag benutzten wir nach Kräften zur privaten Agitatio und wurden auch unsere Bemühungen belohnt, indem wir hier für unsern Candidaten 277 Stimmen erhielten. Sonntag, den 18. Januar hielten wir hier wieder eine Volksversammlung ab. Tagesordnung war: 1) Das Resultat der Reichstagswahl und 2) Hat der Klein-gewerbetreibende ein Interesse gegen die Sozialdemokratie anzukämpfen. Die Referenten Vogner und Fink, sowie Stollberg und Braun sprachen zu allgemeiner Befriedigung. Unser eifriges Streben wird es nun sein, die Agitatio bis zur nächsten Reichstagswahl über den ganzen Wahlkreis zu verbreiten, um der schwarzen Partei den Sieg streitig zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß Für das Wahlcomité: Ab. Lichte n steiger.

Wien. Wir erhalten folgende Zuschrift: Geehrte Redaktion! Die Gewerkschaft der Anstreicher, Gold- und Metallschläger, Lackirer, Maler und Bergolder in Wien ersucht um Aufnahme folgender Erklärung im „Volksstaat“: Sie empfehlen in ihrem Blatte die zu Wiener Neustadt erscheinende „Gleichheit“ als Organ der österreichischen Arbeiterpartei an. Dem gegenüber sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß wir mit diesem Blatte nichts gemein haben, sondern im „Volkswille“ unser Organ erblicken. Da es uns nicht gleichgültig sein kann, welches Blatt vom Auslande als Vertreter unserer Interessen angesehen wird, so stellen wir an Ihnen das Ersuchen, dieser Erklärung die Aufnahme nicht zu verweigern. Achtungsvoll Wien, 21. Januar 1874.

P. Kolb, im Auftrage des Ausschusses.

Strasbourg (Elsas). Wahlagitatio. Von Tag zu Tag mehren sich unsere Anhänger. In einer großen Reichstagswahlversammlung, die von den „Preußen“ im Bunde mit Hirsch-Dunder'schen Anhängern einberufen war, blieben wir glänzend Sieger. Andreas (Berlin) agitirte für Schneegans. Wir bildeten die Majorität; die Versammlung war von ca. 1000 Personen besucht, Bebel dürfte wahrscheinlich zur Stichwahl gelangen. Ausführlicher Bericht folgt.

Agram, 11. Dezember. Nachdem der Schriftsetzer Gabriel Grünhut, gewesener Schriftführer des Agramer Gewerbe-Arbeitervereins, wegen der Unzulänglichkeiten, die er sich zum Nachtheile des Vereins zu Schulden kommen ließ, aus dem Vereine ausgeschlossen und gegen ihn die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden ist, er sich aber in Agram nicht mehr befindet, erachtet der gefertigte Ausschuß es als seine Pflicht, sämtliche Arbeitervereine des In- und Auslandes vor dem genannten Individuum dringend zu warnen und ersucht alle Arbeiterblätter um freundliche Aufnahme dieser Warnung.

Der Ausschuß des Gewerbe-Arbeitervereins.

Reichstagswahllohn. S. den Sängern d. Arb.-Bild.-Vereins Leipzig 2 Thlr. Volkswort in Holzhausen Thlr. 1 3/4. Stimm hier 15 Gr. Volkswort in Connewitz Uetersdorf Thlr. 1 10 5.

Fond f. pol. Gemäßigtheit. S. Sängern d. Arb.-Bild.-Vereins Leipzig 1 Thlr.

Alle Diejenige, welche bei der Wahl im 12. u. 13. Wahlkreis Entschädigung für Dienstleistungen beanspruchen, werden gebeten, am Freitag, den 30. Januar, Abends halb 9 Uhr, sich in der Sitzung des sozialdemokratischen Arbeitervereins einzufinden. Hablich.

Briefkasten der Redaction. Albed in Fiumani: Erhalten. Wird besorgt. Grub. Nach Arnstadt: Wenn der Wahlartikel bisher nicht erschien, so war nur Raumangel daran schuld. Semmelfeder-Bund in Nürnberg: Wollt Ihr uns nicht eher Blatt zuschicken? Grulich in München: Mein Brief ist zu früh abgegangen; man hat sich nachher doch für Druck des Berlangten entschieden. Der Aufruf kam zu spät; der andere in der Mittwoch's-Nummer wird indess dieselben Dienste thun. Glück und Gruß! der Expedition. S. Mdr. Gr. Hirschberg Nr. 4. Ca. Thlr. 5 12 5. J. Mdr hier Nr. 11 Thlr. Kyrat Prag Nr. 1. Ca. Thlr. 3 6. Erm Burgkdt Schr. 3 Gr. Mdr. Hirschberg Schr. Thlr. 1 1. Schlicht Dresden Nr. 4. Ca. 20 Thlr. K. Hild Reichenberg Nr. 1. Ca. 17 Gr. N. R. Pansowa Schr. 17 Gr. C. Ost Berlin Schr. Thlr. 1 20. Wagnn Albrechtshau Schr. Thlr. 3 15. Hal Riesa Schr. 27 Gr. Zglsa Ein Schr. 25 Gr. Schly Jülich Ann. Thlr. 1 15. Summr Berlin Schr. 3 Gr. Frisch Stodholm Schr. Thlr. 1 27, Ab. 1. Ca. 16 Gr. L. A. Küst hier Nr. 1. Ca. 16 Gr. A. Küst Brunn Nr. 1. Ca. 2 Thlr. A. Brth Nürnberg Schr. Thlr. 2 10. J. Sgrt. Mainz Nr. 4. Ca. Thlr. 28 17. Frsch Paris Nr. Thlr. 3 14. B. Halle Ann. 16 Gr. Hlg. d. Schneidern. Ann. 7 Gr. L. Juglr Schr. 15 Gr. Wms Danzig Schr. Thlr. 1 15. Frsch Kuffig Nr. 1. Ca. Thlr. 1 4.

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 31. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung Köpplerstraße 145 bei Herrn Dovothe. — Vortrag von Herrn Bernkeim. — Verschiedenes.

Berlin Zur Nachwahl im 3. Wahlbezirk: Wählerversammlungen. Sonnabend, Abends halb 9 Uhr bei Budwitz, Admiralstr. 11: Vortrag von Adam. Sonntag, Vormittags 10 Uhr bei Carins, Brinzenstr. 72. Näheres durch die Plakate. Alle Parteimitglieder müssen zeitig am Plage sein. Das Wahlcomité.

Leipzig Das Allg. Gewerkschafts-Wintervergnügen mit Siegesfest findet am Sonnabend, den 31. Januar, Abends 8 Uhr in der Tonhalle statt, verbunden mit Concert, Festrede, Gesang und Ball. Fremde und Berufsgenossen von Rag u. Fern sind dazu eingeladen. Das Festcomité.

Leipzig Metallarbeiter-Gewerkschaft. Jeden Montag, Abends 8 Uhr: Sitzung, Nikolaistr. 3 bei Fröhlich (Goldner Ring), Hof links, 1 Trp. L.-O.: Diskussion über die Broschüre: „An die schfl. Arbeiter“. Fragelasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. Jedes Mitglied thue seine Schuldigkeit und erscheine. 2a.

Hamburg Verband der Klempner und verwandten Berufsgenossen. Sonnabend, den 31. Januar, Abends halb 9 Uhr: Mitgliedsversammlung bei Herrn Schardt, Schoppenstr. 22. Das Erscheinen Aller ist nothwendig. Der Vorstand.

Zur Beachtung!

Allgemeiner Deutscher Schneiderverein. Zwidan. Das Arbeits-Nachweissbureau sowie auch die Verberung der fremd zugereisten Schneidergehülfen befindet sich im Gasthof zum weißen Hirsch, Schnebergerstraße zu Zwidan.

Soeben ist erschienen und durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:

Am Webstuhl der Zeit. Lieferung 14 und 15 (Schluß). Pro Hef. 2 Groschen.

Die zweite Auflage der Schrift Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozial-Demokratie

ist soeben erschienen und für 1/2 Sgr. zu haben. Um die weiteste Verbreitung dieses werthvollen Schriftchens zu ermöglchen, liefern wir gegen Einsendung des Betrags obd gegen Postnachnahme 30 Stk. für 1 Thlr. u. f. w. bei unfrankirter Zusendung. — Der in erster Auflage enthaltene „Anhang“ ist in der zweiten Auflage nicht abgedruckt. Diejenigen, welche noch Exemplare der ersten Auflage auf Lager haben wollen solche nur gegen den ursprünglichen Preis abgeben, andernfalls dieselben schnellstens, spätestens aber bis 1. Februar an uns zurückzusenden. Ferner empfehlen wir, als zur Agitatio in hohem Grade geeignet

Zu Trub und Schutz. Vortrag von Wilh. Liebknecht. 4. Auflage. Preis 2 Ngr.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen: Lieferung 3

Ein Jahrhundert der Revolutionen. Das Werk erscheint in 20 Lieferungen à 5 Gr. Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Inserate

für die Mittwoch'snummer müssen Montags, für die Freitag'snummer Mittwochs, für die Sonntag'snummer Freitags Mittags in unseren Händen sein, wenn sie bestimmte Aufnahme finden sollen.

Inserate bitten wir an und zu adressiren. Die Expedition des „Volksstaat“.

Zur Notiz. Volksstaatkalender wie Agitationsnummern sind vollständig vergriffen.

Leipzig, 26. Jan. 1874. Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Verantw. Redacteur: R. Preißer. (Redaction und Expedition Zetscherstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei